



N i e d e r s c h r i f t

Petitionsausschuss

20. Wahlperiode – 44. Sitzung

am Dienstag, dem 16.07.2024 um 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Dagmar Hildebrand (CDU)

Thomas Jepsen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marc Timmer (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW)

Abwesende Abgeordnete

Niclas Dürbrook (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung zur Petition L2121-20/728

Verkehr; Seniorenticket

Der Vorsitzende, Abgeordneter Göttsch, eröffnet die öffentliche Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Anhörung zur Petition L2121-20/728

Verkehr; Seniorenticket

Frau Schmid, Vorsitzende des Seniorenbeirates Norderstedt, berichtet, dass das Deutschlandticket in den Sprechstunden des Seniorenbeirates häufig thematisiert werde. Einige gesellschaftliche Gruppen könnten das Deutschlandticket vergünstigt beziehen, die Seniorinnen und Senioren aber nicht. Mit der Petition wolle der Seniorenbeirat Fairness für alle erreichen.

Der Petent Herr Metzler, Vorstandsmitglied des Seniorenbeirates Norderstedt und dort Sprecher des Arbeitskreises Soziales, bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er trägt Daten zur Zusammensetzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vor. Von den etwa 3 Millionen Einwohnern Schleswig-Holsteins seien etwa 1,9 Millionen Erwerbstätige, Studierende und Schüler und etwa 700.000 über 65 Jahre alt. Zu denjenigen, die das Deutschlandticket vergünstigt beziehen könnten, gehörten Erwerbstätige in der freien Wirtschaft sowie im öffentlichen Dienst – sofern sie von der Jobticket-Regelung Gebrauch machten –, Studierende, Freiwilligendienstleistende sowie Schülerinnen und Schüler – wobei es zwischen den Landkreisen und Kommunen Unterschiede gebe.

Insgesamt, so Herr Metzler weiter, hätten etwa 1,4 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, ein vergünstigtes Deutschlandticket zu erwerben. Im Vergleich dazu sei die Zahl von 700.000 Seniorinnen und Senioren gering. Der Seniorenbeirat Norderstedt frage sich, warum die genannten Gruppen von Vergünstigungen profitierten, nicht aber die Seniorinnen und Senioren.

Aus Sicht von Frau Schmid ist die zunehmende Altersarmut unter Seniorinnen und Senioren ein weiterer Grund, dieser Altersgruppe das Deutschlandticket vergünstigt zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Grundsicherungsempfänger habe sich in den letzten 20 Jahren etwa ver-

doppelt. Ende 2022 hätten etwa 24.600 der über 65-Jährigen in Schleswig-Holstein Grundversicherung bezogen. Das sei ein Anstieg um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die durchschnittliche Rente liege bei 1416 Euro im Monat, was angesichts steigender Lebenshaltungskosten für viele Menschen nicht ausreiche.

Auch die zunehmende Einsamkeit vieler älterer Menschen spricht aus Sicht von Frau Schmid für eine Vergünstigung des Deutschlandtickets für Seniorinnen und Senioren. Mit einem günstigeren Ticket wären arme und vereinsamte ältere Menschen mobiler. Altersarmut bedeute, nicht am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und gastronomische Angebote sowie andere mit Kosten verbundene Aktivitäten nicht wahrnehmen zu können. Altersarmut führe so zur Isolation. Außerdem hätten sich die Familienstrukturen in der deutschen Gesellschaft verändert: Familien lebten heute weit voneinander entfernt. Umso wichtiger sei es, dass die öffentliche Hand Mobilität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bereitstelle.

Frau Schmid ergänzt, dass sich auch ältere Menschen klimabewusst verhalten wollten. Dies sei ihnen aber nur möglich, wenn es bezahlbar sei.

Schließlich sei es auch eine Frage der Wertschätzung, das Deutschlandticket für ältere Menschen zu vergünstigen. Diese hätten durch ihre Berufstätigkeit einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet. Sie hätten das Land aufgebaut, in der demokratischen Welt verankert und im Laufe ihres Lebens auf vieles verzichtet. Zudem sei die Hälfte der Ehrenamtlichen älter als 50 Jahre. Darunter seien also viele Seniorinnen und Senioren, deren Leistungen wertgeschätzt werden müssten.

Herr Metzler erinnert daran, dass schon das 35. Altenparlament die Landespolitik aufgefordert habe, das Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren zu vergünstigen. SPD und SSW hätten das Vorhaben vorbehaltlos unterstützt, die Grünen hätten eine Sozialstaffelung vorgeschlagen, die CDU habe den Vorschlag als nicht finanzierbar abgelehnt und die FDP habe dafür plädiert, das Geld nicht für weitere Vergünstigungen, sondern lieber für den Ausbau des ÖPNV zu nutzen. Das Verkehrsministerium habe mitgeteilt, weitere Ticketvergünstigungen seien nicht geplant.

Mecklenburg-Vorpommern, so Herr Metzler weiter, sei das einzige Bundesland, in dem Seniorinnen und Senioren Anspruch auf ein vergünstigtes Deutschlandticket hätten. Ansonsten sei das Bild, was vergünstigte Tickets angehe, sehr durchmischt, zumal es in einigen Städten und Gemeinden Sonderregelungen gebe.

Dem Kapitel 10 12 des Einzelplanes 10 des Haushaltsplanes 2023 könne man entnehmen, dass für Kinder, Jugend, Familie, Senioren, bürgerschaftliches Engagement und das Landesjugendamt 33 Millionen Euro vorgesehen seien. Rund 176.000 Euro seien für seniorenpolitische Maßnahmen vorgesehen. Die Wohlfahrtsverbände erhielten 120.000 Euro, die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände rund 2,5 Millionen Euro. Dieser Betrag sei aber für alle Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft vorgesehen. Wahrscheinlich fließe nur ein kleiner Teil davon in Maßnahmen zugunsten von Seniorinnen und Senioren.

Das Verkehrsministerium, so Herr Metzler, habe im Einzelplan 06 52,4 Millionen Euro für die Finanzierung des Deutschlandtickets veranschlagt. Wenn man für Seniorinnen und Senioren eine Vergünstigung um 20 Euro nach dem Vorbild Mecklenburg-Vorpommerns einführe und davon ausgehe, dass etwa zehn Prozent der Seniorinnen und Senioren davon Gebrauch machten, komme man auf Gesamtkosten von etwa 16,8 Millionen Euro. Diese Schätzung sei nicht abwegig: Laut Berichterstattung des NDR vom Vortag seien in Schleswig-Holstein bisher 300.000 Deutschlandtickets verkauft worden. Somit hätten also rund zehn Prozent der Bevölkerung ein Ticket erworben. Man habe beim Verkehrsministerium weitere demografische Daten zu den Nutzern des Deutschlandtickets angefragt, aber keine Antwort erhalten. Insgesamt seien die Kosten für ein vergünstigtes Ticket für Senioren also überschaubar, zumal im Vergleich zum Bildungsticket, das mit etwa 15 Millionen Euro zu Buche schlage.

Herr Metzler zieht ein vorläufiges Fazit: Die Regelungen zur Vergünstigung des Deutschlandtickets seien bundesweit zwar sehr unterschiedlich. Es gebe aber Gruppen, die regelmäßig von Vergünstigungen profitierten, und zwar ohne Sozialstaffelung. Es sei sinnvoll, nur Seniorinnen und Senioren in schwieriger wirtschaftlicher Lage eine Ticketvergünstigung anzubieten, da es sowohl reiche als auch arme Seniorinnen und Senioren gebe. Die Einführung einer solchen Vergünstigung sei keine Frage des Geldes, sondern der Gerechtigkeit.

Herr von Ivernois, Leiter des Referates Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus erklärt, die Koalitionspartner hätten sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, Ticketvergünstigungen im ÖPNV zu prüfen. Das Deutschlandticket werde von Bund und Ländern bereits erheblich subventioniert. Weitere Subventionierungen seien mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage kaum möglich. Das Verkehrsministerium habe derzeit erhebliche Probleme, seinen Haushalt zu stabilisieren und habe sogar schon wider Willen Verkehre abbestellen müssen. Die derzeit vorhandenen Mittel müssten verwandt werden, um das Angebot aufrechtzuerhalten und die Infrastruktur zu pflegen. Zudem sei das Verkehrsministerium mit steigenden Kosten konfrontiert, etwa beim Personal und bei der Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV.

Die Tarifbestimmungen des Deutschlandtickets auf Bundesebene, so Herrn von Ivernois weiter, sähen außer dem Jobticket und dem Semesterticket keine Subventionsmöglichkeiten vor. Das Semesterticket sei ein Solidarticket: Die gesamte Studierendenschaft einer Hochschule entscheide sich dafür, dass alle Studierenden einen Beitrag zahlten. Beim Jobticket leiste der Arbeitgeber einen Beitrag zur Finanzierung. Der öffentliche Dienst spare durch das Jobticket Geld, da es auch für dienstliche Fahrten genutzt werde. Der öffentliche Arbeitgeber habe ein hohes Interesse daran, das Jobticket anzubieten, um attraktiv zu sein.

Neben diesen Gruppen gebe es wenige weitere Ausnahmen, zum Beispiel die Freiwilligendienstleistenden sowie die Schülerinnen und Schüler. Das Deutschland-Schulticket gehe auf eine Finanzierungseinigung zwischen dem Land sowie den Kreisen und kreisfreien Städten zurück und werde von letzteren angeboten.

Herr von Ivernois schlägt vor, über andere Formen ermäßigter Tickets für Seniorinnen und Senioren nachzudenken, wie es sie in Kiel und Flensburg schon gebe. Solche Ticketoptionen müssten allerdings im Detail geprüft werden.

Herr Dr. Rosendahl, Leiter des Referates Engagementpolitik, Politik für Seniorinnen und Senioren, Ehrenamt im Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung begrüßt, dass sich der Seniorenrat Norderstedt für Belange einsetzt, die über Norderstedt hinausgehen. Im Ergebnis komme er jedoch zu einer anderen Bewertung als die Petition.

Aus Sicht von Herrn Dr. Rosendahl lautet die zentrale Frage, ob Menschen wegen ihres hohen Alters spezifische Bedarfe haben. Die über 65-Jährigen machten ein Viertel der Bevölkerung Schleswig-Holsteins aus. Abgesehen vom Alter sei diese Bevölkerungsgruppe jedoch sehr heterogen. Unter alten Menschen gebe es zwar entschieden zu viele arme und zu viele einsame Menschen. Das Risiko, im Alter arm und einsam zu werden, sei in der Gruppe der über 65-Jährigen auch etwas höher als im mittleren Erwachsenenalter, jedoch nicht höher als in jungen Jahren. 17,5 Prozent der über 65-Jährigen gälten als einkommensarm und 13,5 Prozent der 65- bis 75-Jährigen sowie 11,9 Prozent der über 75-Jährigen als einsam. Diesen Problemen müsse allerdings durch zielgenaue Maßnahmen begegnet werden. Mit der Gießkanne verteilte Maßnahmen hätten immer eine geringe Trefferquote.

Ältere Menschen, so Herr Dr. Rosendahl weiter, seien nicht aufgrund ihres Alters arm oder einsam. Vielmehr perpetuierten sich im Alter Probleme aus früheren Lebensabschnitten, zum Beispiel geringe Einkünfte im Erwerbsleben. Einsamkeit wiederum hänge mit der Fähigkeit

zusammen, Kontakt zu knüpfen und zu pflegen – einer Fähigkeit, die in jüngeren Jahren erworben werde.

Herr Dr. Rosendahl resümiert, dass die Heterogenität der älteren Bevölkerung nach heterogenen Maßnahmen verlange. Ein vergünstigtes Ticket sei für arme junge Menschen schließlich genau so sinnvoll wie für arme alte Menschen. Ob es jedoch die sinnvollste Maßnahme sei, arme Menschen durch bezuschusste Tickets zu unterstützen, könne er nicht beurteilen. Auch von Einsamkeit seien keineswegs nur ältere Menschen betroffen.

In Schleswig-Holstein, so Herr Dr. Rosendahl weiter, gebe es viele haupt- und ehrenamtliche Angebote gegen Einsamkeit, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, die Angebote des Landesnetzwerkes seniorTrainer oder die Angebote der Wohlfahrtsverbände. Darüber hinaus habe man mit Formen alternativer Mobilität gute Erfahrungen gemacht, beispielsweise mit Dörpsmobilen oder Ruftaxis. Im Rahmen der Landesstrategie gegen Einsamkeit und Isolation würden weitere Maßnahmen zur Förderung der Mobilität geprüft. Es sei wichtig, zielgenau vorzugehen, da die personellen Ressourcen begrenzt seien.

Die Gleichbehandlung der Seniorinnen und Senioren, so Herr Dr. Rosendahl abschließend, sei ein wichtiges politisches Ziel. Die Vergünstigung des Deutschlandtickets für Seniorinnen und Senioren sei aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Abgeordnete Krämer erklärt, zwar steige die Zahl der Rentner in Grundsicherung in Schleswig-Holstein. Jedoch sei ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung vergleichsweise gering. Auch sei der Anteil der Rentner in Grundsicherung nicht höher als der Anteil in anderen Altersgruppen.

Angesichts der derzeitigen Finanzlage des Landes sei es nicht angezeigt, Geld mit der Gießkanne zu verteilen. Jeder Euro, den das Land zusätzlich ausgabe, wäre kreditfinanziert und müsste von jüngeren Generationen und den Steuerzahlerinnen und -zahlern zurückgezahlt werden.

Das Deutschlandticket für alle Rentnerinnen und Rentner zu vergünstigen, sei nicht sinnvoll. Eher schon könne man über Vergünstigungen für alle Grundsicherungsbezieher nachdenken. Anders stelle sich die Lage im Fall der derzeit begünstigten Gruppen dar: Die Schülerinnen und Schüler erhielten ein vergünstigtes Ticket, weil der Staat eine Schulpflicht eingeführt habe und daher verpflichtet sei, den Schülerinnen und Schülern den Schulweg zu ermöglichen. Beim Jobticket übernehme der Arbeitgeber einen Anteil des Preises, daher stelle sich die Frage nach einer Sozialstaffelung gar nicht. Das Semesterticket wiederum sei ein Solidarti-

cket, das von allen Studierenden getragen werde. Die Vergünstigung für die Freiwilligendienstleistenden sei gerechtfertigt, weil auch diese über kein eigenes Einkommen verfügten. Dies unterscheidet sie von Seniorinnen und Senioren.

Es komme darauf an, diejenigen gezielt zu fördern, die der Förderung bedürften. Sie habe durchaus Sympathie dafür, zehn Prozent der Seniorinnen und Senioren vergünstigte Tickets anzubieten. Eine solche Maßnahme sei wahrscheinlich sogar in der aktuellen Haushaltslage finanzierbar.

Einer Seniorin in Dithmarschen, so Abgeordnete Krämer abschließend, sei mit einem vergünstigten Deutschlandticket im Zweifel nicht geholfen, wenn es gar kein ÖPNV-Angebot gebe. Ihr nutze es nichts, wenn ihre Steuern in Ticketvergünstigungen statt in den Ausbau des Nahverkehrs flössen.

Abgeordnete Nitsch erklärt, der SSW unterstütze das Anliegen der Petition, weil die SSW-Abgeordneten aus Landkreisen kämen, in denen die Wege sehr lang seien. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur dürfe nicht in Konkurrenz zu guten Tarifen und günstigen Tickets gesetzt werden. Schließlich trage Mobilität wesentlich zur gesellschaftlichen Teilhabe bei, besonders der vielen ehrenamtlich tätigen Seniorinnen und Senioren.

Aus Sicht der Abgeordneten Nitsch wäre die Einführung eines vergünstigten Tickets für Seniorinnen und Senioren keine mit der Gießkanne verteilte Maßnahme. Die Altersarmut sei nämlich massiv und betreffe besonders alte Frauen, die unter dem Gender Pension Gap litten.

Das Bildungsticket habe das Land mit den Kreisen verhandelt und spare dadurch Geld. Es sei sinnvoll, über eine ähnliche Regelung für Senioren nachzudenken.

SPD und SSW, so Abgeordnete Nitsch abschließend, hätten bei der Einführung des Deutschlandticket sehr nachdrücklich ein Bildungsticket gefordert. Beide Parteien hätten damals zu hören bekommen, dass weitere Vergünstigungen nicht möglich seien. Nun gebe es das Bildungsticket doch.

Abgeordnete Dr. Täck spricht sich dafür aus, Altersgruppen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern auf ihre jeweiligen Bedürfnisse einzugehen. Sie halte eine nach den finanziellen Möglichkeiten der Senioren gestaffelte Vergünstigung des Tickets für sinnvoll, auch wenn dies zu mehr Bürokratie führe. Sie gehe davon aus, dass mehr als zehn Prozent der Seniorinnen und Senioren von einem solchen Ticket Gebrauch machen würden. Herr Metzler gehe von zehn Prozent aus, weil zehn Prozent der Gesamtbevölkerung das Ticket nutzten. Jedoch gebe

es in der Gesamtbevölkerung anders als unter den Senioren viele Pendler, die auf das Auto angewiesen seien und das Ticket daher nicht nutzten.

Herr Metzler konzidiert, dass die Gruppe der Seniorinnen und Senioren sehr heterogen sei. Dies gelte für die Gruppen, die schon heute ein vergünstigtes Deutschlandticket in Anspruch nehmen könnten, aber in ähnlicher Weise. Trotzdem werde das Geld für diese Gruppen nach dem Gießkannenprinzip verteilt.

Zunächst habe der Seniorenrat Norderstedt erwogen, die Vergünstigung des Deutschlandtickets nur für Senioren in Sozialhilfebezug zu fordern. Es habe sich allerdings herausgestellt, dass dies nicht möglich sei. Eine Vergünstigung würde nämlich gegen den in der Grundsicherung enthaltenen ÖPNV-Anteil aufgerechnet.

Herr Metzler macht deutlich, dass es ihm fernliege, Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Er wolle für die Senioren keine Sonder-, sondern lediglich eine Gleichbehandlung erreichen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch zur Ausweitung der vergünstigten Seniorentickets in Kiel und Flensburg auf ganz Schleswig-Holstein antwortet Herr von Ivernois, dieses Thema sei im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes zwar nicht diskutiert worden, er nehme den Appell der Abgeordneten aber gerne mit.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Nitsch erklärt Herr von Ivernois, zur Finanzierung der vergünstigten Deutschlandtickets für Senioren in Mecklenburg-Vorpommern könne er nichts sagen.

Herr Dr. Rosendahl erklärt, auch ihm sei nicht daran gelegen, einzelne Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Ebenso wie Abgeordnete Dr. Täck spreche er sich für eine nach den finanziellen Möglichkeiten der Senioren gestaffelte Vergünstigung des Deutschlandtickets aus.

Auf eine Frage der Abgeordneten Dr. Täck erklärt Herr Dr. Rosendahl, zwar sei es richtig, dass alte Menschen durch ihre Erwerbstätigkeit bereits eine Leistung erbracht hätten. Diese Erwerbstätigkeit sei zwar einerseits ein Beitrag zur Gemeinschaft, geschehe andererseits aber im eigenen Interesse. Es handele sich also nicht um ein Engagement im engeren Sinne. Es gebe auch Menschen, die sich neben der Erwerbstätigkeit ehrenamtlich engagierten. Die Gruppe dieser Menschen sei aber so heterogen wie der Rest der Gesellschaft. Es gebe bereits Maßnahmen, um den ehrenamtlich Engagierten Wertschätzung entgegenzubringen. Diese seien ausbaufähig.

Bettina Süphke, Mitarbeiterin im Referat Engagementpolitik, Politik für Seniorinnen und Senioren im Sozialministerium, antwortet auf eine weitere Frage der Abgeordneten Dr. Täck. Einsamkeit sei nicht der Zustand des Alleinseins, sondern ein Mangel an sozialen Kontakten und damit ein psychisches Problem. Jemandem, der ängstlich allein zu Hause sitze und weder Geld noch Selbstvertrauen habe, werde auch ein vergünstigtes Verkehrsticket nicht dabei helfen, neue Kontakte zu knüpfen oder aus der Einsamkeit herauszukommen. Das Sozialministerium unterstütze Initiativen, darunter Angebote der Wohlfahrtsverbände, die Menschen dabei unterstützten, vor Ort gut zu leben.

Neueste Studien, so Frau Süphke weiter, hätten gezeigt, dass Jugendliche am stärksten unter Einsamkeit litten. Die Einsamkeit in jungen Jahren hänge eng mit dem Demokratieverständnis zusammen. Wer sich einsam fühle, sei antidemokratischem Verhalten eher zugeneigt.

Abgeordneter Timmer dankt Herrn Metzler und Frau Schmid. Die beiden hätten ein wichtiges Problem adressiert. Angesichts einer durchschnittlichen Rente von 1.400 Euro müsse man darüber nachdenken, wie Mobilität zugänglicher werden könne. Bei einer besseren Haushaltslage seien die Chancen, das Anliegen der Petition umzusetzen, vielleicht höher.

Abgeordneter Rickers dankt Herrn Metzler und Frau Schmid. Er weist darauf hin, dass die Probleme mit dem ÖPNV im ländlichen Raum noch größer seien. Im Amt Kellinghusen in seinem Wahlkreis habe man gute Erfahrungen mit Bürgerbussen gemacht. Woran weitere Fortschritte in diesem Bereich scheiterten, sei besprochen worden. Daran müsse nun weitergearbeitet werden.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Göttisch, schließt die Sitzung um 11:06 Uhr.

Gez. Göttisch
Vorsitzender

gez. Kasten
Protokollführer